

Tarifverhandlungen im Kommunalen Nahverkehr in Baden-Württemberg

Kommunaler Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) kritisiert Verdi für angekündigte Urabstimmung scharf

- **KAV: Verdi rückt im Wesentlichen nicht von Gesamtforderungen im Umfang von rund 30 Prozent ab**
- **Angebotene Verbesserungen für besonders belastete Beschäftigte und Vorschlag für externe Moderation wurden abgelehnt**
- **Verdi erklärt Scheitern der Tarifverhandlungen**

MANNHEIM Im Tarifkonflikt im Nahverkehr hat der kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) mit großem Unverständnis auf die Ankündigung einer Urabstimmung von Verdi reagiert. Der KAV hatte am Sonntag, 10. März, ein deutlich verbessertes Angebot vorgelegt. Nachdem Verdi dazu keine Verhandlungsbereitschaft gezeigt hatte, brach der KAV die Gespräche am Abend ab und drängte auf eine externe Moderation. Verdi lehnte dies ab und erklärte am Montagnachmittag das Scheitern der Tarifverhandlungen.

„Verdi ist auch am sechsten Tag der Tarifgespräche so gut wie überhaupt nicht von ihren ursprünglichen Forderungen in einem Gesamtumfang von 30 Prozent abgerückt“, betonte KAV-Hauptgeschäftsführerin Sylvana Donath am Montag. „Über den Tarifabschluss von zwölf Prozent im Öffentlichen Dienst hinaus, beharrt Verdi weiter auf dem massiven Forderungskatalog“, kritisierte Donath. Dieser Gesamtumfang sei gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht vermittelbar, erklärte der KAV.

Auch die weiterhin aufrecht erhaltene Forderung nach fünf zusätzlichen Urlaubstagen ausschließlich für Verdi-Mitglieder bei gleichzeitiger Ablehnung angebotener Verbesserungen erwecke den Eindruck, dass es der Gewerkschaft nicht um das Gesamtinteresse und die Bedürfnisse der Belegschaft gehe.

Mit einem zweiten massiv verbesserten Angebot seien die beteiligten Nahverkehrsunternehmen der Gewerkschaft in vielen Forderungen weit entgegengekommen, um endlich Dynamik in die Verhandlungen zu bringen. „Wir haben uns damit schon über unsere Schmerzgrenze bewegt, und dennoch war bis jetzt kein ergebnisorientierter Austausch möglich“, bedauerte Donath.

„Das am Sonntag vorgelegte Angebot sah unter anderem für Personen, die variable Dienste leisten, eine Zulage in Höhe von 250 Euro im Monat vor.“ Damit sei der KAV Verdi in einer wesentlichen Kernforderung weit entgegengekommen. „Gerade Personen, deren Arbeitsbelastung besonders hoch ist, hätten davon profitiert“, erklärte Donath. „Auch die angebotenen Verbesserungen für Mitarbeitende im Fahrdienst in Form von Samstags- und Sonntagszuschlägen sowie Zuschläge für geteilte Dienste hat Verdi rundum abgelehnt“, erklärte Donath.

„Weil auch in der vierten Verhandlungsrunde keinerlei Verhandlungsdynamik entstanden ist, haben wir eine Fortsetzung der Verhandlungen mit externen Moderatoren angeregt“, erläuterte KAV-Verhandlungsführerin Stephanie Schulze. „Es sei sehr bedauerlich, dass Verdi die Möglichkeit, die festgefahrenen Gespräche zu beleben, ausschlägt, ergänzte Donath. Die Leidtragende seien nun Hunderttausende Pendlerinnen und Pendler im Land.

Mit dem Zuschlag aus dem Tarifkompromiss für den Öffentlichen Dienst aus dem vergangenen Jahr steigt das durchschnittliche monatliche Bruttogehalt im Fahrdienst nach KAV-Berechnungen ab März bereits von rund 3.600 auf mehr als 4.000 Euro. Der aktuelle Forderungskatalog in den Manteltarifverhandlungen sehe einen weiteren Anstieg auf 5.200 Euro vor.

Der Tarifvertrag-Nahverkehr (TV-N) betrifft in Baden-Württemberg etwa 6.500 Beschäftigte. Als sogenannter Manteltarifvertrag wird dieser aktuell in Stuttgart in der dritten Verhandlungsrunde zwischen der Gewerkschaft Verdi und dem KAV verhandelt. Der KAV vertritt landesweit die kommunalen Verkehrsunternehmen der Städte Stuttgart, Baden-Baden, Konstanz, Freiburg, Heilbronn, Esslingen und Karlsruhe.

Hintergrund: Insgesamt werden in allen Bundesländern (außer Bayern) die Manteltarifverträge des TV-N verhandelt. Die Tarifverhandlungen zur Entgelttabelle haben im vergangenen Jahr stattgefunden und es erfolgen zum 1. März planmäßige Erhöhungen um durchschnittlich 12 Prozent.

Hinweis an die Redaktionen: Ein Positionspapier des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) zu den Manteltarifverhandlungen finden Sie hier: <https://www.kavbw.de/Aktuelles>

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Donath unter 0711 – 222 998 22 (sylvana.donath@kavbw.de) gerne zur Verfügung.